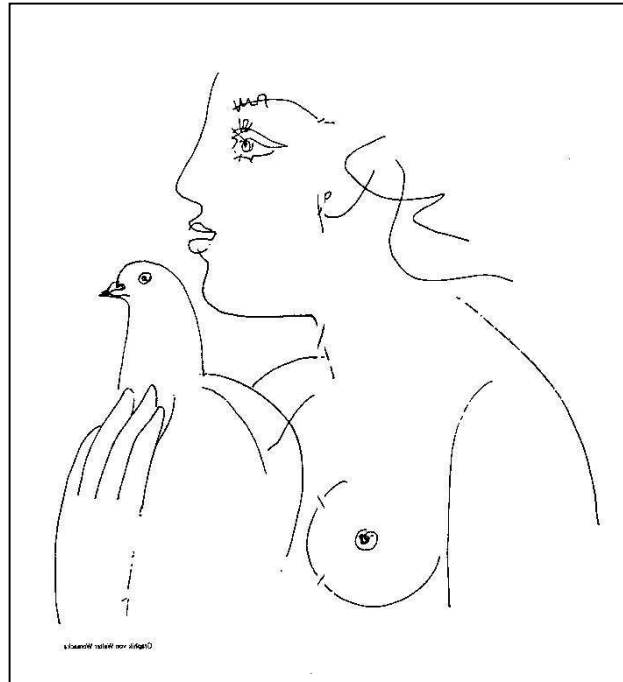


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 32



Um inneren und äußeren Frieden Um die soziale Erneuerung Deutschlands

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 01. Oktober 2006 - 2. überarbeitete Auflage

c/o **Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.**

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Die Fußball-WM ist längst vorüber. Die Euphorie dieser denkwürdigen Tage ist verflogen. Die patriotisch-nationalistischen Gefühle sind abgekühlt. Der rauhe marktwirtschaftliche Alltag diktiert das Dasein. Auch die „Du bist Deutschland“ - Aufrufe haben die Realität des entfesselten Kapitalismus und seiner Ellbogengesellschaft nicht kaschieren können. Die hinter der WM-Nebelwand von der Regierung beschlossenen bzw. „angedachten“ neuen zusätzlichen Belastungen für die einfachen Menschen kommen mehr und mehr ins Bewusstsein.

„Sanierungsfall Deutschland“?

Kanzlerin Merkel hatte im Jubel und Trubel der WM-Ereignisse das Wort vom „Sanierungsfall Deutschland“ fallen lassen.

Muss, um beim Begriffsinhalt „sanieren“ zu bleiben, Deutschland „gerettet“, muss es „lebensfähig“ gemacht werden? Sind die so oft beschworenen „leeren Kassen“ die Wurzel allen Übels oder Folgen der Politik? Zählt Deutschland nicht nach wie vor neben den USA und Japan zu den reichsten Ländern der Welt?

Ist die von Finanzminister Steinbrück wiederholt erklärte Einhaltung der „Maastricht-Kriterien“ der wahre Grund für das bis 2009 angeordnete Sparprogramm in Höhe von 117 Milliarden Euro?

Vor allem aber: Wo, bei wem, zu wessen Lasten soll gespart werden? Und nicht zuletzt: Warum und wofür soll denn nun wirklich gespart werden? Bei näherer Betrachtung des Problems offenbart sich, wofür die „Sparzwänge“ „gut“ sein sollen:

- für die Umrüstung der Bundeswehr und ihr „globales Engagement“
- für „die Wirtschaft“ und die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland“.

Wie und warum „Umrüstung“ der Bundeswehr?

Bis 2010 soll ihre globale Interventionsfähigkeit hergestellt sein. Deutschland stellt sowohl für die schnelle „NATO-Eingreiftruppe“ – die Response Forces – als auch für die „EU-Eingreiftruppen“ – die „Battlegroups“ – jeweils ein Drittel aller Truppen. Um die Angriffs-

fähigkeit der Bundeswehr-Streitkräfte zu gewährleisten, werden 213 Ausrüstungsvorhaben umgesetzt.

In Auftrag gegeben bzw. bereits in Auftrag begriffen sind:

Radarsatelliten („SAR-Lupe“), Tornados und Eurofighter („Typhoon“), Strategische Transportflugzeuge (Airbus A 400 M), ein taktisches Luftverteidigungssystem (MEADS), Schützenpanzer (PUMA), High-Tech-Kampfhubschrauber (TIGER), Transporthubschrauber (NH-90), Seezielflugkörper (RBS 15 Mk 3), Fregatten (Sachsen-Klasse), Korvetten, U-Boote (U –212), Schwergewichtstorpedos (Seehecht) usw.

Bundeswehrminister Jung will angesichts der zunehmenden Auslandseinsätze zusätzliche Rüstungsprojekte in Höhe von etwa sechs Milliarden Euro anschieben. So unter anderem gepanzerte Transportfahrzeuge (Boxer) und Marinehubschrauber (MH 90).

Schon heute stellt Deutschland – neben den USA - die größten Truppenkontingente bei Auslandseinsätzen. Bundeswehrsoldaten sind in Afghanistan, im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, am Horn von Afrika, im Kongo, in Georgien, in Äthiopien und im Mittelmeer vor Libanon im Einsatz. „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren,... stellt Deutschland... Streitkräfte bereit, die schnell und wirksam...eingesetzt werden können“. Heißt es in den von der Schröder-Regierung verabschiedeten Verteidigungspolitischen Richtlinien über Sinn und das Ziel der Umrüstung der Bundeswehr. Struck, damaliger Bundeswehrminister, erklärte Ende 2002: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Inzwischen ist von „weltweit“ die Rede.

In dem vom gegenwärtigen Bundeswehrminister Jung vorgelegten Entwurf eines neuen Weißbuchs der Bundeswehr heißt es u. a., „dass Deutschland auf Grund seines großen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen hohen Abhängigkeit von sicheren Transportwegen und –mitteln in globalem Maßstab verwundbar“ sei. Deshalb sei der „freie und ungehinderte Welthandel ein vorrangiges Interesse deutscher Sicherheitspolitik.“ Insofern müssten „das Recht auf Selbstverteidigung präzisiert und präventives Eingreifen auf völkerrechtlich gesicherter Grundlage geregelt werden.“

Dem deutschen Kapital, dem Exportweltmeister, geht es um den Zugang zu Märkten und Ressourcen anderer Länder, der gegebenenfalls

mit militärischen Mitteln verwirklicht werden soll. Das Völkerrecht soll erforderlichenfalls entsprechend den Profitinteressen der Konzerne willens umgemodelt werden.

Die von der Bush-Administration geübte Praxis der „Selbstverteidigung“ stand offenbar Pate. Und offenbar wird auch an die Bush-Doktrin von 2002 angeknüpft, die, als Nationale Sicherheitsstrategie bezeichnet, den Präventivkrieg als Option ins Kalkül nimmt.

Die Kongo-Mission verdeutlicht die Begierde der deutschen Konzerne auf Rohstoffe, nicht zuletzt auf größtenteils noch unerschlossene Ölquellen des schwarzen Kontinents. Kanzlerin Merkel umschreibt im Zusammenhang mit dem Kongo-Einsatz der Bundeswehr die Konzerninteressen so: „Das christliche Menschenbild endet nicht an den Grenzen Deutschlands oder an den Grenzen Europas.“ Deutschland wolle andere Kulturen mit seinen Grundwerten beeindrucken.

In den Chefetagen der Konzerne und Großbanken werden die „Grundwerte“ nach der Höhe der Rendite berechnet.

Bundeswehrminister Jung übersetzt: Die deutsche Energieversorgung müsse militärisch gesichert werden, da die freie und sichere Energieversorgung zu den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands gehöre. Zum Kongo-Einsatz erläutert er, dass die Demokratisierung dieses rohstoffreichen Landes „auch im Interesse einer besseren wirtschaftlichen Zukunft für uns und unsere Märkte“ sei.

Die Bundeswehr soll global einsatzfähig werden. Für ihre Umrüstung sind horrendes Mittel erforderlich. Auf über 140 Milliarden Euro werden die Kosten für das Umrüstungsprogramm beziffert.

Nahezu 10 Milliarden Euro wurden seit 1992 für Auslandseinsätze der Bundeswehr verpulvert.

Der Bundeswehretat, der sich zur Zeit offiziell auf 23,6 Milliarden Euro beläuft, soll 2007 insgesamt 28,4 Milliarden Euro betragen.

Und der bei „leeren Kassen?“

Da reichen die von Steinbrück in anderen Ressorts vorgesehenen Einsparungen natürlich nicht aus. Und außerdem ist da ja noch der andere „Sanierungsfall“.

Sorge um die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“?

CDU- und SPD-Politiker sorgen sich um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft. „Wir sind uns einig, dass die nominalen Steuersätze gesenkt werden müssen, damit wir international konkurrenzfähig werden“, meint SPD-Vorsitzender Beck. Bemerkungen, die vielleicht noch von Lieschen Müller geschluckt werden. Tatsache ist, dass die Kohl- und vor allem die Schröder-Regierung den Konzernen des Exportweltmeisters umfangreiche Zuwendungen haben angedeihen lassen:

- Mehrmalige Steuersenkungen des Spitzensteuersatzes (um 11 Prozent)
- Mehrmalige Senkung der Körperschaftssteuer (von 56 auf 25 Prozent)
- Abschaffung der Gewerbesteuer
- Abschaffung der Vermögenssteuer
- Steuerfreiheit für „Heuschrecken“ beim Verkauf von Unternehmen, also bei Veräußerungsgewinnen
- Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer.

Zusammen mit dem weitgehenden Verzicht, Steuerflucht zu ahnden und Steuerkriminalität konsequent zu verfolgen, verzichtet der Staat auf etliche hundert Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr. Über 100 Milliarden Euro hat die Schröder-Regierung den Großunternehmen, den Reichen und Superreichen in den Rachen geworfen! Beck und die Große Koalition setzen diesen Kurs fort, wobei sie der Öffentlichkeit vorgaukeln, Deutschland müsse wieder „konkurrenzfähig werden“. So, als ob dieses Land nicht Exportweltmeister sei, sondern dringend Entwicklungshilfe benötige!

Ab 2008 sollen die Steuersätze für Kapitalgesellschaften von jetzt 38,65 Prozent auf dann 29,16 Prozent abgesenkt werden. **Der Staatshaushalt verzichtet auf etwa 22 Milliarden Euro Einnahmen!**

Bei privaten Haushalten wird bei Einkünften aus Vermögen (Zinsen und Dividenden) nur noch eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent erhoben. Was einer Steuereinbuße von 2 Milliarde Euro gleichkommt.

Einer Studie des „Handelsblatt“ zufolge führen die 130 größten Aktiengesellschaften statt der theoretisch fälligen Steuerquote von 38,6 Prozent durchschnittlich nur 28,2 Prozent an den Fiskus ab.

Professor Jarras, Mitglied der von der ehemaligen Regierung berufenen Kommission zur Reform der Unternehmenssteuer, stellt fest: „Der Staat hat sich selbst bankrottiert.“

Anders ausgedrückt: Der „Sanierungsfall Deutschland“ erweist sich als Mega-Geschäft der deutschen Konzerne.

Übrigens beläuft sich die Staatsverschuldung hierzulande Ende 2005 auf sage und schreibe 1.447.000.000 Euro. Was eine Pro-Kopf-Verschuldung von 17.552 Euro bedeutet.

Wie sollen da eigentlich die durch die gehandhabte Transaktion und durch das Geschäft der Rüstungskonzerne geleerten Kassen wieder gefüllt werden?

Wer soll all die hier genannten Großzügigkeiten für die Konzerne bezahlen?

Die Merkel-Regierung setzt den bisherigen Kurs einfach fort. Unter dem Schlagwort „Sanierungsfall Deutschland“.

Weiter so mit „bewährten Reformen“

Die Schröder-Regierung hatte einen rigorosen „Reform“-Kurs auf Kosten der Bevölkerung gefahren.

Unter Reform verstand man bislang „Verbesserung“ und „friedliche Umgestaltung“.

Die SPD-geführte Bundesregierung belehrte die Bürger eines anderen. „Reform“ im neoliberalen Verständnis erwies und erweist sich als

- Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
- Etablierung einer Zwei-Klassen-Medizin
- Abbau und Abwicklung des Sozialstaates
- Umverteilung von Unten nach Oben
- Polarisierung zwischen Arm und Reich.

Manche Bürger sprechen auf Grund der mit solchen „Reformen“ gesammelten Erfahrungen von einem „Kalten Krieg“ gegen die Grundinteressen des Volkes.

Die Merkel-Regierung hat nun eine weitere Steuer-„Reform“, eine Hartz-„Reform“, eine zweite Gesundheits-„Reform“ und eine weitere Renten-„Reform“ eingeleitet.

Die Unternehmerverbände vermitteln die Begleitmusik. Sie verlangen eine härtere Gangart. Arbeitgeberpräsident Hundt brachte das Wesen dieser „Reform“-Politik auf den Nenner: „Eine Reform, die niemandem weh tut, kann die Probleme nicht lösen.“ Allerdings: Von Reformen dieser Art ausgenommen sind selbstverständlich die Konzerne, ihre Bosse, die Großbanken, die Reichen...

Steuer-„Reform“ – wie gehabt

Die Steuersenkungen und –geschenke für das Kapital sollen durch neue Belastungen der Bevölkerung ausgeglichen werden.

Steinbrück will bis 2010 die 117 Milliarden Euro, von denen er immer wieder spricht, über entsprechende Steuererhöhungen und Einsparungen locker machen.

So soll die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer jährlich 25 Milliarden Euro bringen.

Durch Kappung der Pendlerpauschale, De-facto-Halbierung des Steuerfreibetrags, Senkung der Altersgrenze bei Kindergeld und Kinderfreibetrag, Beschränkung der Absetzbarkeit von Arbeitszimmer und Steuerberatungskosten, Kürzung der Steuerbefreiung bei Sonntags-, Nacht- oder Feiertagsarbeit, Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte, Abschaffung der Bergmannsprämie sollen weitere Milliarden eingetrieben werden.

Die Regierung geht davon aus, die Bevölkerung durch die Steuererhöhungen, Kürzungen und Streichungen bis 2009 um mehr als 80 Milliarden Euro zu schröpfen.

Vor allem betroffen sind lohnabhängig Beschäftigte, ärmere Schichten und kleine Unternehmen. Müntefering schließt weitere Steuererhöhungen schon mal nicht aus. 2009 würden „elf, zwölf oder 14 Milliarden Euro“ für das Gesundheitswesen fehlen!

Hartz-V im Blick

70 bis 80 Milliarden Euro gehen als Ergebnis der Arbeitslosigkeit pro Jahr durch Mindereinnahmen bei Steuern und Belastungen dem Fiskus verloren.

Für die Herrschenden in der Bundesrepublik zahlt sich Massenarbeitslosigkeit allerdings aus. Soziale Unsicherheit bei den noch Beschäftigten führen zu einem immer geringeren Krankenstand, zu heftiger Konkurrenz zwischen den Berufstätigen, zur Aufweichung des Tarifsystems und nicht zuletzt zu beständigem Lohndruck.

Hinzu kommt, dass **die Regierung den Kampf nicht gegen die Arbeitslosigkeit, sondern gegen die Arbeitslosen führt.**

Die Bundeskanzlerin will nun in diesem Sinne Hartz-IV „optimieren“. Eine umfassende Revision der Arbeitsmarktreform Hartz-IV ist angesagt.

Bei ALG-I-Empfängern unter 55 Jahren wurde bereits ab Februar 2006 die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 12 Monate verkürzt. Seit dem 1. August 2006 ist das so genannte Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz in Kraft. Es umfasst rund **70 Änderungen** bei den bisherigen Regelungen.

So ermöglicht es eine regelrechte Überwachung von Langzeitarbeitslosen, deren Zahl ständig wächst. Kontrollen und Strafen sollen zur Reduzierung bzw. Streichung bisheriger Leistungen beitragen.

Vizekanzler Müntefering dazu: „Anderes steht noch aus.“ CSU-Generalsekretär Söder meint, die getroffenen Veränderungen könnten „nur ein erster kleiner Schritt“ sein. SPD-Vorsitzender Beck verurteilt den „Mitnahmeeffekt“ der Arbeitslosen.

1,5 Milliarden Euro sollen im Rahmen von Merkels „Optimierungsabsicht“ allein dadurch eingespart werden, dass für ALG-II-Empfänger nur noch 40 statt bisher 78 Euro an die Rentenversicherung überwiesen werden.

Die Bundesagentur für Arbeit hat sich das Ziel gestellt, 2006 einen Rekordüberschuss zu erzielen. Und dieses Ziel wird offenbar weit übertroffen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 1,1 Milliarden Euro weniger ausgegeben als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das Heer der Arbeitslosen soll dauerhaft vergrößert werden.

Krankes Gesundheitswesen

Mit über 11 Milliarden Euro jährlich belastet die zum 1. Januar 2004 von der Schröder-Regierung beschlossene erste Gesundheits-„Reform“ Kranke und Versicherte. Und zwar über Praxisgebühren, höhere Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente, Kur- und Krankenhausaufenthalte, einen Sonderbeitrag für Versicherte und die Streichung bzw. Kürzung von Leistungen. Ein Sonderbeitrag für Zahnersatz von 0,9 Prozent folgte.

Die versprochene Senkung der Kassenbeiträge blieb aus. Der gegenwärtige Anteil der Privathaushalte an den Gesundheitsausgaben stieg übrigens von 42 Prozent im Jahre 1995 auf 47 Prozent im Jahre 2004. Der Anteil der „Arbeitgeber“ sank im gleichen Zeitraum von 40 auf 36 Prozent.

Kanzlerin Merkel leitete nun, wie sie sagte, „eine ganz neue Etappe des Gesundheitssystems“ ein. Sie werde „das deutsche Gesundheitswesen zukunftsweisend“ umgestalten.

Die Überschüsse der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind infolge stagnierender Grundlohnsummen, des Rückgangs sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und gestiegener Ausgaben für Arzneimittel empfindlich zurückgegangen. Durch die Mehrwertsteuererhöhung entstehen zusätzliche Kostensteigerungen von einer Milliarde Euro.

Was wird nun „zukunftsweisend“ umgestaltet?

Der gegenwärtige Bundeszuschuss von 4,2 Milliarden Euro zur Refinanzierung versicherungsfremder Leistungen wird gestrichen.

Mit der Einrichtung eines sogenannten Gesundheitsfonds zur Finanzierung der GKV ab 1. Januar 2009 wird der von der Schröder-Regierung beschrittene Weg der Abkehr von der paritätischen Finanzierung der GKV fortgesetzt.

Auf Kranke und Versicherte kommen neue Belastungen zu. So könnte beispielsweise der durchschnittliche Kassensatz die 15-Prozent-Marke überschreiten.

In den Fonds sollen die Beiträge von Unternehmen und von Arbeitern und Angestellten sowie Steuermittel einfließen. Die gesetzlichen Kassen erhalten für jeden Versicherten den gleichen Beitrag.

Wenn Kassen mit den zugewiesenen Mitteln nicht auskommen (es gibt Kassen mit relativ vielen Kranken und mit sozial schwachen

Mitgliedern), kann ein Zusatzbeitrag erhoben werden. Er kann acht Euro pro Monat bzw. bis zu 1 Prozent des Bruttoeinkommens betragen. Bei Arbeitern und Angestellten, die weniger als 800 Euro verdienen würde mehr als ein Prozent des Einkommens für die Zusatzprämie kassiert!

Der Steuerzuschuss soll 1,5 Milliarden Euro für 2008 und drei Milliarden Euro im Jahre 2009 ausmachen. Die dennoch bleibende Finanzierungslücke – sie beträgt 16 Milliarden Euro – soll offenbar der Beitragszahler schließen.

Die bisherige Parität soll durch Einfrieren der Unternehmensbeiträge auf sechs Prozent des Bruttolohnes und Festschreibung des Versicherungsanteils auf sieben Prozent aufgehoben werden.

Die private Krankenversicherung wird zur Finanzierung des Gesundheitssystems nicht herangezogen.

Die Pharmaindustrie bleibt unbehelligt. Sie registriert weiterhin – mit steigender Tendenz – Riesenprofite.

Eine Gesundheitssteuer ist in der Diskussion.

Fest steht also: Es werden weitere Beitragserhöhungen folgen. Wenig Verdienende werden am meisten zur Kasse gebeten. Die „zukunftsweisende“ **Umgestaltung des kranken Gesundheitswesens erweist als zutiefst unsozialer Akt.**

Die Bundesregierung will auf jeden Fall die „Reform“ des Gesundheitssystems mit einer „zweiten Etappe“ in der nächsten Legislaturperiode „vollenden“.

Heftige Kritik der Unternehmervverbände an den jetzigen Beschlüssen veranlasste sie offenbar zu dieser Ankündigung. Deren Forderungen bleiben auf der Tagesordnung: Reduzierte Kassenleistungen, fünf Euro für jeden Arztbesuch, höhere Zuzahlungen der Versicherten, monatliche Kopfpauschale für alle von 180 Euro!

Die Liquidierung der seit über 100 Jahren bestehenden gesetzlichen Krankenversicherung soll abgeschlossen werden.

Auch Rentner weiter abzocken

Beständig sinkt das Rentenniveau für Bestandsrentner. Die Ansprüche künftiger Ruheständler werden reduziert.

Die Schröder-Regierung hatte entsprechend einer „kurzfristigen“ Forderung von BDA-Chef Hundt den Rentnern die ersten „Nullrun-

den“ verpasst. Was bei der jährlichen Teuerungsrate von durchschnittlich zwei Prozent einer Rentenkürzung gleichkam.

Außerdem wurden die Renten durch Zahlung des vollen Pflegehilfsatzes und den Sonderbeitrag zur Krankenkasse abgezockt.

Gleich zu Beginn der Großen Koalition verkündete Vizekanzler Müntefering zur Rentenfrage: „Steigen wird sie jedenfalls nicht.“

Für die ganze Legislaturperiode sind Nullrunden programmiert. Bleibt die jährliche Teuerungsrate von durchschnittlich zwei Prozent, und davon ist auszugehen, so bedeutet das alle fünf Jahre den Verlust einer ganzen Monatsrente. Dabei ist die Mehrwertsteuererhöhung noch nicht einmal berücksichtigt.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums bedeutet das ab 2007 für einen Rentner den Verlust von zusätzlich 270 Euro im Jahr.

Ab 2012 bis 2016 sollen die „nicht realisierten Dämpfungen der Rentenanpassungen“ – infolge niedriger Lohnerhöhungen – nachgeholt werden.

Künftige Rentner erhalten durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, also die Erhöhung des Renteneintrittsalters, zwei Jahre weniger Rente gegenüber der jetzigen Regelung.

Das Netto-Rentenniveau soll von zur Zeit 70 Prozent auf etwa 55 Prozent im Jahre 2030 heruntergefahren sein. Die Rente eines Durchschnittsverdieners würde dann nur 30 Euro über der Armutsschwelle liegen. (Der Spiegel, 13.3.06)

Nicht wenige Rentner- und künftig zunehmend mehr – bewegen sich auf die Grundsicherung zu. **Altersarmut steht ins Haus.**

Polarisierung schreitet voran

Wovon hatte doch Kanzlerin Merkel am Jahresanfang gesprochen?

Davon, dass „jeder seinen Beitrag leisten“ müsse. Zum „Aufschwung der Wirtschaft“? Für den „Sanierungsfall Deutschland“?

Wie es um den „Beitrag“ der unterschiedlichen sozialen Kräfte in diesem Lande bestellt ist verdeutlichen einige Fakten:

Der Geldschatz der Aktionäre und Gesellschafter, der oberen Manager, der Reichen eben, ist in fünf Jahren um ein Fünftel auf 4,3 Billionen Euro gestiegen. Oder, anders ausgedrückt: 1993 verfügten die reichsten zehn Prozent der deutschen Haushalte über 44,5 Prozent des

Nettogeldvermögens. Zehn Jahre später beträgt dieser Anteil 51 Prozent.

Die 2004 gezählten 92 deutschen Milliardäre verfügten über ein Gesamtvermögen von 254,5 Milliarden Euro. Im gleichen Jahr gab es 767.000 deutsche Dollarmillionäre.

Großunternehmen, Banken und Versicherungen brillieren mit Supergewinnen. So betrugen die ausgewiesenen Jahresüberschüsse der 30 profitstärksten deutschen Großunternehmen im Jahre 2005 über 62 Milliarden Euro.

Die Deutsche Bank beispielsweise erzielte 2005 einen Rekord-Nettogewinn von 3,78 Milliarden Euro.

Das erste Halbjahr 2006 weist bei den führenden Konzernen und Großbanken wiederum Rekordgewinne durch Profitsteigerungen von bis zu 20 Prozent auf. Erzielt nicht zuletzt durch Lohn- und Stellenabbau. Erpresst so oft durch Androhung oder Vollzug von Betriebs- bzw. Filialen-Verlagerungen ins Ausland.

„Zehn Prozent niedrigere Ausgaben für das Personal bedeuten 40 Prozent mehr Profit...“, beschreibt „Die Zeit“ vom 1. Dezember 2005 die Faustregel des Managements.

Schlagzeilen von Presseorganen reflektieren diesen Vorgang: „Konzerne verdienen unerwartet gut.“ („Handelsblatt“ vom 22. Mai 2006), „Wahnsinnige Gewinne“, stellt „Die Zeit“ am 1. Dezember 2005 fest. Und schließlich die „Berliner Zeitung“ am 3. August 2006 „Gewinne explodieren, Löhne stagnieren“.

Doch die Bosse wollen mehr. Sie sind unzufrieden mit den Ergebnissen des „Reformwerks“ der Großen Koalition. Die acht Spitzenorganisationen der Unternehmer verlangen eine stärkere Absenkung der Steuerquote. Die Lohnnebenkosten sollen weiter reduziert werden. Die Einsparungen im Staatshaushalt seien zu gering. Von „Reformeißer“ sei nichts zu verspüren.

Und wie steht es um den Beitrag dieser Geldscheffler zum „Gemeinwohl“?

Den Grundgesetz-Artikel 14 kolportieren sie auf ihre Weise: „Eigentum verpflichtet...“ – zu nichts!

Die Schattenseite der Gesellschaft?

11 Millionen Menschen in einem der reichsten Länder der Welt sind arm. Die Armutsquote stieg in Deutschland von 12,1 Prozent im Jah-

re 1998 auf 13,2 Prozent im Jahre 2005. Die Armutsquote in den ostdeutschen Ländern beträgt 18,4 Prozent. Über 3,3 Millionen Haushalte gelten als überschuldet. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche leben von Sozialhilfe. Ihre Zahl hat sich seit 2004 fast verdoppelt.

Die Reallöhne in Deutschland sind von 1995 bis 2004 um 0,9 Prozent gesunken. In diesem Jahr sinken sie das dritte Jahr in Folge.

2,4 Millionen Menschen arbeiten zu prekären oder Armutslöhnen (zwischen 50 und 75 Prozent des Durchschnittseinkommens).

5,2 Millionen ALG-Empfänger und 2,5 Millionen ALG-I-Empfänger gab es Anfang 2006.

Etwa 500.000 Arbeitslose befanden sich – von geschöner Statistik nicht mehr erfasst – in Trainingsmaßnahmen, waren Ich-AGler und Existenzgründer, Ein-Euro-Jobber oder Menschen, die sich nach ergebnisloser Jobsuche frustriert zurück gezogen haben, Menschen, die vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden und mit entsprechenden Einbußen in Rente gehen, Schüler und Studenten, die ihren Abschluss „vertagen“, weil ihre Jobsuche erfolglos verläuft. Sie alle tauchen in der Statistik nicht mehr auf.

Gegenwärtig fehlen 300.000 betriebliche Ausbildungsplätze.

Überfüllt sind die Gefängnisse des Landes.

Wer nicht weitere Einbußen seines Lebensniveaus hinnehmen will, dem empfiehlt Müntefering: „Da kann man Verschiedenes versuchen: Balalaika spielen oder Lotto spielen...“ Wer den Schaden hat, den überschüttet der Vizekanzler mit beißendem Spott. Und Steinbrück fordert in den „nächsten Jahren mehr Geld für Altersvorsorge, Gesundheit und Pflege aufzubringen.“ Die Bürger sollten „weniger an ihre Einzelinteressen denken“ und eben „auf eine Urlaubsreise verzichten.“ Saniererin Merkel verkündet indes, die „Wende zum Besseren“ sei geschafft.

Die Polarisierung zwischen Arm und Reich kommentiert die „Berliner Zeitung“ vom 4. August 2006 so: „Es profitiert eine schmale Schicht am oberen Ende der Einkommensskala, während unten immer mehr Menschen draufzahlen. So geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auf...“

Der kalte Krieg der Herrschenden gegen „unten“ lässt diese Kluft immer schmerzhafter und gefährlicher auseinanderklaffen.

„Die große Koalition tritt den bereits von Rot-Grün ausgetrampelten Irrweg weiter aus, für Unternehmen, Besserverdiener und Vermögende die Steuern zu senken und die Löhne der abhängig Beschäftigten nach unten zu drücken. Das ist weder volkswirtschaftlich rational noch sozialpolitisch verantwortlich und gefährdet den sozialen Frieden im Land“, erklärt Oskar Lafontaine. (Junge Welt, 4. August 2006)

„Für die soziale Erneuerung Deutschlands!“

So lautet die Forderung, mit der der Aufruf des DGB zu Demonstrationen am 21. Oktober 2006 in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt/Main überschrieben ist.

Eine Berliner Tageszeitung hatte einige Wochen nach der WM vermerkt: „Der Rausch der Fußballweltmeisterschaft und der Sommerzeit verfliegt schnell. Der Blick schärft sich wieder...“

Ja, der Blick schärft sich wieder.

Die Widersprüche in dieser Gesellschaft treten im Gefolge der „Reform“-Beschlüsse der Regierung deutlicher und schmerzhafter denn je für den Bürger hervor.

Die neoliberale Globalisierung, die die Neuaufteilung der Welt zum Ziel hat und Rekolonialisierung einschließt, bedient sich zunehmend militärischer Gewalt. Die Militarisierung der internationalen Beziehungen, der Außen- und der Außenhandelspolitik des Staates frisst zunehmend mehr Mittel auch für neue Waffen und Waffensysteme.

Der neoliberale Kurs im Innern lässt die Reichen immer reicher werden. Die Armutsquote erreicht indes neue Höchstwerte.

Ein Prozess, bei dem die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme eindeutig auf Kosten der einfachen Menschen geht.

Umrüstung und immer mehr Militäreinsätze der Bundeswehr einerseits sowie Sozialabbau andererseits sind nicht voneinander zu trennen. Und wenn dann noch die Umverteilung von Unten nach Oben oberste Maxime der Regierungspolitik ist, dann wird innerer Friede in Frage gestellt.

Nun meinte die „Berliner Zeitung“ „Der Blick schärft sich wieder...“.

Das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage scheint das zu bestätigen. Danach sind nahezu 80 Prozent der Bürger unzufrieden mit der Politik der Bundesregierung.

„So kann es nicht weitergehen“, heißt es zum neoliberalen Kurs der Bundesregierung im DGB-Aufruf. „Wir müssen gegensteuern. Wir fordern eine Politik für eine soziale Erneuerung. Eine Politik, die Sicherheit, Perspektiven und Vertrauen schafft.“

Für welche Forderungen tritt der DGB, treten Organisationen und Bewegungen, darunter die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) ein?

Hier einige der Forderungen:

- Wir wollen Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren – und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung
- Wir wollen mehr Arbeit für Jung und Alt und eine auskömmliche gesetzliche Altersrente für alle – und keine Rente mit 67
- Wir wollen mehr Ausbildung. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote
- Wir wollen, dass Arbeitslose nicht verarmen und zu Lohndumping gezwungen werden
- Wir wollen eine Steuerpolitik, die die Binnenkonjunktur stärkt und die Kapitalgesellschaften fordert – aber keine Mehrwertsteuererhöhung und weitere Geschenke für Konzerne
- Wir wollen die Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Wir wollen Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen.
- Wir wollen die Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Gesetze
- Wir wollen keine Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge – auch nicht bei Gas, Strom, Wasser und öffentlichem Nahverkehr
- Wir wollen eine Angleichung des Rentenwertes Ost an den Westwert und die Beendigung des Aussetzens der Rentenanpassung, dieser „Nullrunden“ für die Renten

- Wir wollen die Kürzung des Bundeswehretats um 10 Prozent sowie schrittweise rigorose Abrüstung. Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Die Gewerkschaften und auch wir als Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf (Zentraler Friedenskreis der GBM) rufen alle Bürgerinnen und Bürger zum 21. Oktober auf:

„Unterstützen Sie eine Politik, die das Leben und Arbeiten der Menschen wirklich verbessert.“!